

In diesem Zusammenhang ist zu begrüßen, daß sich das

9. Plenum des Obersten Gerichts unserer Republik mit den Aufgaben bei der Durchsetzung des LPG-Rechts unter besonderer Beachtung der durch die rasche Weiterentwicklung der Produktionsverhältnisse auf dem Lande entstandenen und neu entstehenden rechtlichen Probleme beschäftigt hat. Es wurden Maßnahmen beschlossen, die eine engere Zusammenarbeit der Gerichte mit den Landwirtschaftsräten und eine Erhöhung der gesellschaftlichen Wirksamkeit der Verfahren gewährleisten und die den LPGs helfen werden, noch bestehende Hemmnisse und Mißstände schneller zu überwinden.

Im vorliegenden Bericht wird darauf hingewiesen, daß rund die Hälfte aller Rechtsverletzer junge Bürger sind, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Das ist ein bedenkliches Problem und weist mit Nachdruck darauf hin, daß bei der Durchsetzung des Jugendgesetzes der Erziehung und der Ausbildung unserer Jugend durch alle gesellschaftlichen Kräfte und erwachsenen Bürger noch größere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Dabei kommt es darauf an, daß die Jugendlichen in ihren Eltern, ihren Lehrern und Lehrmeistern, überhaupt in den Erwachsenen, mit denen sie zusammen lernen, leben und arbeiten, Vorbilder und Persönlichkeiten sehen, die sozialistisches Verhalten und gesellschaftliche Verantwortung vorleben. Die Würde und der Wert des Menschen als Bürger unseres sozialistischen Staates werden dadurch charakterisiert, wie der einzelne seinen gesellschaftlichen Pflichten und seiner persönlichen Verantwortung nachkommt. Die Jugendlichen spüren, ob der Erwachsene, mit dem sie zu tun haben, prinzipienfest oder wankelmütig ist, die Arbeit liebt oder ihr aus dem Wege geht und ob er mit unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat verbunden und in unserer Republik politisch und moralisch zu Hause ist. Der junge Mensch übernimmt nicht selten soziales und moralisches Verhalten von Erwachsenen, mit denen er ständig zusammen ist und die er sich, bewußt oder unbewußt nachahmend, zu seinem Vorbild genommen hat.

Daraus wird ersichtlich, welche große Verantwortung die erwachsenen Bürger in enger Zusammenarbeit mit den Rechtspflegeorganen unserer Republik für die Bekämpfung der Jugendkriminalität und die Erziehung der Jugendlichen zu sozialistischen Staatsbürgern tragen.

Mehrfach haben mich Bürger, die als Schöffen an Kreis- und Bezirksgerichten tätig sind, auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, in den polytechnischen Oberschulen in Dörfern die Vermittlung von Kenntnissen der Rechtspflege nicht nur auf die Verkehrserziehung zu beschränken, sondern in stärkerem Maße den Schülern auch solche rechtliche Ausgestaltungen wie das LPG-Statut und die innere Betriebsordnung, mit denen sie ja am Unterrichtstag in der Produktion in der LPG konfrontiert werden, zu erklären. Ich halte diese von Genossenschaftsbauern gegebenen Hinweise für beachtenswert. Das wäre auch eine Möglichkeit, das Interesse der Jugendlichen für die Arbeit auf dem Gebiet

der Ordnung und Sicherheit zu wecken und ihnen dort verantwortliche Aufgaben zu übertragen.

Durch die immer bessere und richtigere Anwendung des sozialistischen Rechts werden die Freiheit, die schöpferische sozialistische Arbeit und das friedliche Leben unserer Bürger noch wirksamer geschützt. Eine verstärkte und unmittelbare Teilnahme von immer mehr Bürgern an der Rechtsprechung und an der Erforschung und Überwindung der Ursachen von Rechtsverletzungen sowie die zunehmende Selbsterziehung durch die Brigaden und Kollektive in den sozialistischen Betrieben, Genossenschaften und im Wohngebiet haben die Beziehungen der Menschen zueinander immer enger gestaltet. Kameradschaftliche gegenseitige Hilfe und zunehmende Verantwortung des einzelnen für das Ganze sind der Ausdruck der sozialistischen Menschengemeinschaft in unserer Republik und die Grundlage für die weitere Festigung unseres Staates und die Entwicklung unserer sozialistischen Demokratie.

Welch Unterschied zum Bonner Unrechtsstaat! Nicht mehr Freiheit und Demokratie für das Volk, sondern Großangriff des Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf die demokratischen Rechte des Volkes ist Ziel und Praxis der herrschenden Kreise in Bonn. Den westdeutschen Werktätigen sollen mit den Notstandsgesetzen alle demokratischen Rechte geraubt werden, damit das westdeutsche Monopolkapital seine Stellung im Innern weiter stabilisieren und ausbauen, seine maßlose Profitwirtschaft und antinationale revanchistische Macht- und Vorherrschaftspolitik gegen die wachsenden inneren und äußeren Widersprüche durchsetzen kann. Dem dient der Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs in Westdeutschland, das ist der Inhalt des von Bundeskanzler Erhard verkündeten Programms der formierten Gesellschaft. Es enthält die Ausrichtung des gesamten staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens auf die Profitinteressen der großen Monopole und richtet sich damit gegen die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, in erster Linie gegen die Arbeiter und Bauern, aber auch gegen die kleinen und mittleren Unternehmer und gegen alle Kräfte, die für Frieden und Verständigung sind. Darum steht heute in Westdeutschland der Kampf für die demokratischen und sozialen Rechte der Arbeiter und des ganzen Volkes im Mittelpunkt. Es ist höchste Zeit, daß sich die Arbeiter, Bauern und alle friedliebenden und demokratischen Kräfte in Westdeutschland der tödlichen Gefahr bewußt werden, die durch Antikommunismus, atomare Aufrüstung und Notstands-diktatur der herrschenden Kreise in Bonn heraufbeschworen wird. Alle friedens- und verständigungsbereiten Kräfte in Westdeutschland sollten sich zusammenschließen und, entgegen den Störversuchen der westdeutschen CDU/CSU, für den begonnenen Meinungsaustausch zwischen den beiden großen deutschen Parteien, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, eintreten, sie sollten selbst Initiative ergreifen, damit es zu einer Normalisierung und Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten kommt.